



Bevölkerung eher im Partizipationsprozess involviert als die eigentliche Zielgruppe der benachteiligten, armen Bevölkerung.

Auf der senegalesischen Agenda steht die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ganz oben, wobei die Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung der Frauenrechte eine herausgehobene Stellung einnehmen. Weiterhin hat Senegal mehrere internationale Abkommen ratifiziert, wie zum Beispiel die internationale Konvention zur Beseitigung aller Formen von Diskriminierung von Frauen.

Der senegalesische Staatspräsident Abdoulaye Wade tritt offensiv für die Gleichberechtigung und das Paritätsprinzip ein. In dem im letzten Jahr neu gegründeten Senat ist das Verhältnis mit 45 Frauen und 55 Männern annähernd ausgeglichen. Andere Führungsinstanzen sind nur selten von Frauen besetzt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung Senegal trägt mit ihren Maßnahmen in den Bereichen Politik, Zivilgesellschaft und Medien dazu bei, die Bevölkerung hinsichtlich der Repräsentation von Frauen in öffentlichen Ämtern und Entscheidungsinstanzen zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Auf der Ebene der Frauen in ländlichen Gebieten haben die Schulungen von KAS und GRAIF nachhaltig zu einer Verbesserung des Lebensstandards und der Einschulungsrate von Mädchen beigetragen. Die Frauen haben durch die Fortbildungen mehr Selbstbewusstsein erlangt und können nun ihre Interessen wirkungsvoller vertreten. Die Anzahl der in Gemeinderäten vertretenen Frauen hat sich vervielfacht, und selbst in einigen Stadt- und Regionalräten tagen Frauen, die durch die GRAIF-KAS-Schulungen erst ihre politische Laufbahn begonnen haben.

Die Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen von und für Medienvertreter sind ein wirksames Mittel, um öffentlichkeitswirksam für die Interessen der Frauen zu plädieren, wobei der Zugang zu Entscheidungsinstanzen und die Beeinflussung von wirtschafts-politischen Rahmenbedingungen ein wichtiges Ziel ist. Die Journalistinnen agieren als Anwälte für die Belange der Frauen, die sie in die Öffentlichkeit tragen, und

sie sind im gleichen Zuge ein Beispiel dafür, wie eine gut ausgebildete Frau im Berufsleben erfolgreich sein kann.

Wenn auch die Frauen in den Regionen Thies, Diourbel, Louga und Dakar schon in vielen Bereichen maßgebliche Fortschritte gemacht haben und nun ihrer Stimme vernehmbar Gehör verschaffen, muss die Förderung von Frauen an der Basis und in den Medien doch weiter geführt werden, um die immer noch bestehende Marginalisierung vieler Frauen zu beseitigen. Die Maßnahmen von KAS mit GRAIF und dem CESTI haben nachhaltig dazu beigetragen.

Text:

Dr. Ute Gierczynski-Bocandé, Dr. Karsten Dümmel

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Senegal

Auslandsmitarbeiter: Dr. Carsten Dümmel

buero@kas-dakar.de

2.17. SIMBABWE

Ausgangsbedingungen

Simbabwes politische, vor allem aber wirtschaftliche Krise drückt auf die allgemeine Stimmung im Land und lässt die Menschen nur noch an ihr eigenes Überleben und das ihrer Familie denken. Der niemals geahnte wirtschaftliche Niedergang des einstigen Vorzeigelands Afrikas hat die Bevölkerung in eine tiefe Verunsicherung gestürzt. Lag die Inflationsrate Ende 2007 noch bei geschätzten 10.000 Prozent, so hat sie sich in dem ersten Halbjahr 2008 ums Tausendfache erhöht. Trotz der Devisen, die Emigranten ins Land bringen (30 Prozent von zwölf Millionen Simbabwern), kämpft die Regierung mit einer eklatanten Devisenknappeit, die zur Folge hat, dass seit über einem Jahr die finanziellen Mittel fehlen, um Strom, Benzin, chemische Produkte für die Landwirtschaft und Grundnahrungsmittel für die hungernde Bevölkerung zu importieren.

Die Arbeitslosigkeit liegt weit über 80 Prozent, da die industrielle und vor allem die landwirtschaftliche Produktion aufgrund der zusammengebrochenen Infrastruktur lahmelegt ist und der informelle Sektor durch die brutale Operation *Murambatsvina „Schafft den Schmutz weg“* von 2005, die mindestens 700.000 Menschen ihre Unterkunft und Existenz gekostet hat, weitestgehend zerstört ist. Selbst die wenigen Berufstätigen im Land liegen mit ihrem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. Das Bildungs- und Gesundheitswesen befindet sich in einem drastischen Niedergang. Hatte Simbabwe noch in den 1980er Jahren die

höchste Lebenserwartung des südlichen Afrikas aufzuweisen, so ist diese mit durchschnittlich 39 Jahren mittlerweile eine der niedrigsten der Welt. Das liegt an einer der höchsten HIV/Aids-Raten Afrikas und an der fehlenden medizinischen Versorgung.

Der wirtschaftliche Niedergang bewirkt in der Bevölkerung das Gefühl der eigenen Ohnmacht und des Kontrollverlustes, was einerseits in Apathie und Fatalismus und andererseits in Radikalität und Kriminalität mündet. Darüber hinaus sind bei der politisch aktiven Zivilgesellschaft Ermüdungstendenzen und Orientierungslosigkeit festzustellen, die auf einen natürlichen Burnout-Effekt zurückzuführen sind. Dies trifft insbesondere auch auf die politischen Aktivisten zu, die seit Ende der 1990er Jahre auf eine Demokratisierung hinwirken und deren Bemühungen wegen der brutalen Einschüchterungen wenig ausrichten können. Erschwerend kommt der brain drain in die Nachbarländer oder nach Großbritannien hinzu, der zu schwinder Organisationsstärke, Inkonsistenz und einem eklatanten Führungskräftemangel geführt hat. Die Landreform vom Jahr 2000, die mit einer gewalttamen Enteignung der weißen Farmer einherging und politisch bestimmt war, brachte der ländlichen Bevölkerung keinen Gewinn. Denn Ländereien wurden vorwiegend an politische Gefolgsleute des staatlichen Regimes übergeben, die meist kein Interesse hatten, die Agrarstruktur aufrecht zu erhalten, oder sie wurden an nunmehr Kleinbauern übergeben, die der Verantwortung und den Bedingungen, sei es Kreditwürdigkeit, Vermarktung oder Beschaffungswirtschaft, nicht gewachsen sind, so dass sie oft nur eine Subsistenzwirtschaft betreiben. Dabei stellt die ländliche Bevölkerung in Simbabwe 63 Prozent der Bevölkerung dar.

Projektbeispiel

Unter der geschilderten Situation scheint es heute notwendiger denn je, das Selbsthilfeprojekt der *Self Help Development Foundation* (SHDF) in Simbabwe zu unterstützen, mit der die Konrad-Adenauer-Stiftung vor über 25 Jahren die Kooperation mit der mittlerweile über 45 Jahren agierenden Organisation aufnahm. Die Organisation zählt nicht nur zu den ältesten, sondern mit 200.000 Mitgliedern auch zu den größten Nichtregierungsorganisationen in Simbabwe: 97 Prozent der Mitglieder sind Frauen, 80 Prozent wohnen im ländlichen Raum. Die insgesamt 10.000 SHDF-Sparklubs sind im ganzen Land in mehr als 40 Distrikten zu finden. Der Grundgedanke der Organisation basiert auf dem Sparprinzip, mit dem Ziel, den Lebensstandard der unterprivilegierten Schichten der Bevölkerung zu verbessern.

Die Idee war, die Leute zum Sparen anzuleiten, um ihnen die Möglichkeit zu geben, durch ihren eigenen Spareinsatz Geld zu verdienen. Sparen sollte die Grundlage für die Hilfe zur Selbsthilfe sein, denn das Fundament der Bewegung basiert auf dem Gedanken, dass jeder für sein Schicksal und das der anderen verantwortlich ist. Zu diesem Ziel hat SHDF Sparclubs in den Gemeinden aufgebaut, in denen neben dem Sparen auch verschiedene einkommenschaffende handwerkliche Fertigkeiten vermittelt werden.

Im Jahr 1996 stellte die Konrad-Adenauer-Stiftung den ersten revolvierenden Kreditfond zur Verfügung, mit dem SHDF die Vergabe von Kleinstkrediten starten konnte. Andere kleine Geberorganisationen folgten später. Klub-Mitgliedern wurden Kleinstkredite gegeben, um ihre einkommenschaffenden Maßnahmen zu verbessern und auszuweiten. Die angewandte Methode basierte auf dem Prinzip der Grameen Bank und macht sich die Solidarität, die unter den Frauen eines Sparklubs existiert, zu Nutze. Die Sparklubs, „Kundengruppen auf Dorfebene“ erhielten einen Gruppenkredit, der auch an Einzelmitglieder vergeben werden konnte. Die Gruppe haftete dabei jedoch für den individuellen Kreditnehmer. Dem Sparklub wurden niedrige Zinsen mit flexiblen Rückerstattungsfristen eingeräumt. Vor allem wurden aber auch Frauen mit Krediten bedacht, die traditionell ohne Land- und Eigentumstitel von den Banken als nicht kreditwürdig eingestuft wurden. Die Mitglieder mussten dafür zuvor Trainingskurse in Projektmanagement, Sparen und Marketing besuchen, die angeboten wurden. Ohne den Besuch dieser Kurse wurden sie nicht für kreditwürdig erachtet.

Trotz der hohen Inflation existiert auch heute noch eine kleine Kreditlinie aus dem „Altbestand“ und einer Zuwendung der Reservebank, die aber aufgrund der Inflation in absehbarer Zeit wohl kaum mehr aufrecht erhalten werden kann. Ein Sparklub erhält heute umgerechnet maximal 120 Euro mit einer Rückerstattungsfrist von drei Monaten und einem Zinssatz der etwa der derzeitigen Geldentwertung entspricht.

Wegen der Hyperinflation im Land konzentriert sich das Weiterbildungsangebot noch sehr viel stärker darauf, den Frauen Überlebensstrategien und subsistenzhaltende Fähigkeiten zu vermitteln, wie die Herstellung von Seife, Vaseline, Kerzen, Schuhcreme, Körben, Schuhen, Batikstoffen etc., Produkte, die ihnen in den Zeiten der wirtschaftlichen Krise selbst dienen oder durch den individuellen Verkauf oder Tausch in der eigenen Region ein Auskommen sichern. Großen Raum nimmt auch inzwischen der gemeinsame Einkauf von Bedarfsgütern wegen des besseren

Handelspreises im Großeinkauf ein. Ersparnisse werden sofort in Zucker, Maismehl und Reis investiert, da der Zimbabwe Dollar Tag für Tag an Wert verliert. Dasselbe leistet die Dachorganisation auch, indem sie für die interessierten Mitgliedern gemeinsam die landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren besorgt, da der Einzelne ohne politische Protektion nicht mehr an diese Güter kommt.

Eine Querschnittsaufgabe aller Weiterbildungsmaßnahmen ist die Förderung des vertrauensvollen Dialogs zwischen den Clubmitgliedern und der Organisation, um so der Entwicklung einer partizipativen, dialogorientierten politischen Kultur beizutragen. In dem autokratischen staatlichen, aber auch traditionell patriarchalischen System praktizieren die Clubmitglieder weiterhin demokratisch durchgeführte Wahlen, indem sie ihre Vorstände über die Club-, Gemeinde-, Distrikts- und nationale Ebene wählen.

Inzwischen haben sich die Maßnahmen der Fortbildung auf Themen zur Aids-Prävention und auf die allgemeinen Menschenrechte ausgeweitet, mit der Fokussierung auf die staatlichen versus traditionellen Frauenrechte beziehungsweise Gewohnheitsrecht. Die Frauen der traditionellen Gesellschaft haben zum Beispiel noch keinen Anspruch auf einen Grundbesitz und sind damit auch nicht mit Rechtstiteln versehen, die ihnen die Möglichkeit eines Bankkredites einräumen. Obwohl das Gesetz in Simbabwe jegliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes verbietet, sind die Frauen, die nach traditionellem Recht verheiratet sind, stark benachteiligt, wenn der Ehemann verstirbt. Es wird davon ausgegangen, dass das Land dem männlichen Familienvorstand gehört, so dass das Land und die gemeinsame Erwirtschaftung nach dem Tode des Mannes an die männliche Verwandtschaft des Mannes zurückgehen und die Witwe samt Kindern mittellos wieder in ihre Familie zurückkehren muss.

Diese Themen in einer traditionellen Gesellschaft zu diskutieren, die meist nur mit Genehmigung der traditionellen Dorfobhäupter erfolgen können, sind nur möglich, weil durch eine jahrelange Verbindung Vertrauen aufgebaut werden konnte.

Die Sensibilisierung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit in Bezug auf Frauenrechte und in der Aids-Prävention soll in den nächsten drei Jahren landesweit mit einem EU-Projekt ausgeweitet werden.

Entwicklungs politischer Kontext

Simbabwe bekennt sich zu den Millenniumszielen. So ist das Ansinnen des Ministeriums für Frauenan-

gelegenheiten, Gender und Gemeindeentwicklung, das 2005 ins Leben gerufen wurde, die Armut zu reduzieren, die Geschlechtergleichstellung zu fördern und Frauen zu stärken. Dies soll umgesetzt werden durch nationale Programme zur Förderung der Partizipation von Frauen an der nationalen Entwicklung. Frauen sollen lernen, selbstbestimmt zu handeln und dazu beitragen, auf allen Ebenen des Lebens eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten.

Diese Strategie wurde bisher noch nicht umgesetzt. Das diktatorische Regime und ein bankroter Staat können diese Ziele nicht wirklich verfolgen und scheinen dies auch nicht zu wollen. Deshalb ist es wichtig, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Partner SHDF gerade in dieser politischen und wirtschaftlichen Krise einen kleinen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leistet und den Menschen Chancen einräumt, ihr Schicksal erfolgreich in die Hand zu nehmen, um aus der Armutsspirale aufgrund der politischen, ökonomischen und sozialen Einschränkungen heraus zu kommen. Schon der Fortbestand der Sparklubs und der Organisation ohne Kreditlinie selbst demonstriert, dass die Mitglieder gewillt sind, Eigeninitiative, Eigenverantwortung und auch Eigenbeiträge zu erbringen. Dabei bleibt das Engagement aber nicht im individuellen Bereich haften, sondern wird gebraucht, um Interessen zu artikulieren und gesellschaftliche Prozesse im Sinne der guten Regierungsführung in ihrem lokalen Bereich durchzusetzen.

Text: Helga Rothfritz

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Simbabwe

Auslandsmitarbeiter: Helga Rothfritz

helga.rothfritz@kas.de

2.18. UGANDA

Ausgangsbedingungen

Ugandas politische Entwicklung ist in den vergangenen Jahrzehnten von Höhen und Tiefen geprägt gewesen. Der ostafrikanische Staat hat seit seiner Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht im Jahr 1962 verschiedene Formen von Regierungsführung erfahren. Dazu gehörten Militärdiktatur, Einparteiensystem, Einheitsbewegung und seit 2005/2006 die Mehrparteidemokratie. Ugandas Herausforderung besteht heute darin, eine starke und nachhaltige Demokratie zu schaffen, die eine aktive Bürgerbeteiligung als Grundlage hat, um so die nationale Entwicklung voranzutreiben.